

Röm 13,1-7: Politik von Gottes Gnaden, oder: Warum ich gerne Steuern zahle

23 n.Trin., 03.XI.2024

Oberkaufungen

Wochenspruch: „Dem König aller Könige und Herrn aller Herren, der allein Unsterblichkeit hat, dem sei Ehre und ewige Macht“ (1Tim 6,15f i.A.).

Lieder: Komm, heiliger Geist (EG+ 34); Die güldne Sonne (EG 449,1.7-9); Gib Frieden, Herr, gib Frieden (EG 430); We shall overcome (636); Verleih uns Frieden gnädiglich (+142)

Psalm 113 (EG 745); Schriftlesung: Matthäus 22,15-22

Liebe Gemeinde,

Politik ist immer ein Teil unseres Lebens, ob wir wollen oder nicht. Auch wer keine Nachrichten schaut und keine Zeitung liest, wird von politischen Entscheidungen betroffen. Das galt schon immer. Aber irgendwie scheint unsere gegenwärtige Zeit besonders politisch zu sein. Rechtsruck bei den Wahlen in ostdeutschen Bundesländern. Streit bei der Ampelkoalition in Berlin. Wirtschaftspolitische Probleme auch in unserer Region. Dazu übermorgen die US-Wahl, geführt mit harten Bandagen und ungewissem Ausgang. Und erst recht natürlich die Kriege, die uns seit zweieinhalb Jahren in Atem halten. Politik ist oft ein stressiges und frustrierendes Geschäft, vor allem für die unmittelbar Beteiligten. Gerade erst haben zwei relativ junge Hoffnungsträger aufgegeben, aus unterschiedlichen Gründen: Kevin Kühnert bei der SPD und Ricarda Lang bei den Grünen. Wie immer man inhaltlich zu ihnen stehen mag, fand ich doch eine grundsätzliche Aussage bemerkenswert, mit der Ricarda Lang nach ihrem Rücktritt die Aufgabe und damit auch die Gefährdung von Politik beschrieb. Sie sagte: „Es gibt viele Zyniker in der Politik. Die dauernde Reibung von Vision und Wirklichkeit kann dazu führen, dass man vor lauter Sachzwängen kapituliert und am Ende gar nichts mehr will.“ Was ist also die Aufgabe von Politik aus ihrer Sicht? Die Spannung zwischen Vision und Wirklichkeit auszuhalten, diese beiden Pole irgendwie auszugleichen oder zumindest in ein fruchtbares Verhältnis zu bringen. Wie kann das gehen? Ist das überhaupt möglich? Und wie geht eigentlich Gottes Wort, wie gehen wir Christen mit der Spannung zwischen Vision und Wirklichkeit um? Hat die Bibel dazu zu etwas zu sagen, das noch gültig ist?

Ich meine: Sie hat. Und sie tut es auch. Gott spricht hinein in unsere Lebenssituation, erstaunlicherweise besonders gerade in diesen Tagen. Vor zwei Wochen war hier an dieser Stelle von der Bergpredigt die Rede, Matthäus 5: radikale Gewaltlosigkeit. Wenn dich einer auf die eine Wange schlägt, dann halte ihm auch noch die andere hin. Einer der provozierendsten und radikalsten Texte der Weltgeschichte, schon immer gewesen. Wie gehen wir damit um? Ist das politisch überhaupt brauchbar, ist das alltagstauglich? Der Gottesdienst endete mit offenen Fragen.

Und für den heutigen Gottesdienst, zwei Wochen später, hören wir eine politische Grundlagenerklärung aus dem Römerbrief. Auf den ersten Blick geht sie in eine völlig andere Richtung als die Bergpredigt. Und wir werden uns gleich fragen müssen, wie beides zusammenpasst. Aber zunächst hören wir Römer 13, Verse 1 bis 7:

- 1 Jeder soll sich der [Staats]gewalt, die über ihm steht, unterordnen.
Denn es gibt keine Autorität, die nicht von Gott ist,
und die [Autoritäten], die vorhanden sind, sind von Gott angeordnet.
- 2 Wer sich also der Staatsgewalt widersetzt,
der stellt sich der Anordnung Gottes entgegen,

- und diejenigen, die das tun, ziehen sich selbst das Urteil zu.
- 3 Wer Gutes tut, hat von den Herrschenden nichts zu befürchten,
sondern [nur] wer Böses tut.
Du willst ohne Furcht vor der Staatsgewalt leben?
Dann tu das Gute, und du wirst Anerkennung von ihr bekommen.
- 4 Denn dass sie Gottes Dienerin ist, kommt Dir zu Gute.
Wenn du aber Böses tust, dann fürchte dich;
denn sie trägt nicht umsonst das Schwert.
Sie ist [auch darin] Gottes Dienerin
und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut.
- 5 Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen,
nicht nur der Strafe wegen, sondern auch aus Gewissensgründen.
- 6 Deswegen zahlt ihr auch Steuern;
denn [die Staatsorgane] sind Gottes beständige Helfer.
- 7 Gebt also jedem, was ihm zusteht:
Steuern, dem die Steuern zustehen; Abgaben, dem die Abgaben zustehen;
Respekt, wem Respekt gebührt; Ehre, wem Ehre gebührt.

„Jeder soll sich der [Staats]gewalt, die über ihm steht, unterordnen. Denn es gibt keine Autorität, die nicht von Gott ist, und die, die vorhanden sind, sind von Gott angeordnet.“ Das klingt gar nicht nach Gewaltlosigkeit und der Vision einer freien, besseren Welt. Für mich klingt das erst einmal nach Kaiser Wilhelm. Wir erinnern uns: Die deutsche Demokratie hat zwar teilweise schon einen Vorlauf im 19. Jahrhundert, aber verfassungsmäßig gesehen, ist sie noch gar nicht so alt. Erst vor etwas mehr als hundert Jahren, nach dem Ersten Weltkrieg, wurde in Deutschland das Kaisertum abgeschafft und die erste Republik gegründet. Bis dahin galt die Monarchie, das König- und Kaisertum von Gottes Gnaden. Gerade mal vier Generationen ist das her. Und selbstverständlich war der Kaiser damals auch das Oberhaupt der evangelischen Kirche. In der Lutherbibel steht für das Wort, das ich eben mit „Staatsgewalt“ oder mit „Autorität“ übersetzt habe, das Wort „Obrigkeit“. Zur Zeit der römischen Kaiser, als Paulus den Römerbrief schrieb, und auch noch zur Zeit der Reformation war Politik von oben her organisiert. Luther war kein Demokrat, er hatte ein autoritäres Staatsverständnis. So wie damals in der Familie die Eltern das absolute Sagen hatten und die Kinder auch züchtigen durften, so war der Fürst der Herr des Landes. Und zu Paulus' Zeiten war es eben der römische Kaiser. Ist all das also nicht völlig überholt, was hier steht? Obrigkeithliches Denken ist doch von vorgestern. Bürger verstehen sich nicht mehr als Untertanen, sondern stellen kritische Forderungen. Wie stehen wir als evangelische Christen zu dieser Entwicklung? Wie sehen wir unser Verhältnis zu Staat und Politik? Wo ist die Bergpredigt geblieben? Und – haben uns diese biblischen Worte vielleicht doch etwas Aktuelles zu sagen?

„Es gibt keine Autorität, die nicht von Gott ist.“ Hier steht nicht, dass jede politische Gewalt automatisch legitimiert ist, bloß weil es sie gibt. Hier steht erst recht nicht, dass Gott alles gut findet, was Herrschende bei uns oder in der Welt tun. Sondern ich höre diesen Satz zunächst einmal so: Gott will, dass es überhaupt Autoritäten gibt. Und damit einen geordneten Umgang mit der Macht. Denn ohne Ordnung kann es auf Dauer kein Leben geben. Schon die Schöpfung ist so eingerichtet, dass es Ordnungen gibt, Rhythmen und die Balancen unterschiedlicher Kräfte. Das gilt für die kleinsten Organismen genau so wie für das Weltall insgesamt. Nun sind wir Menschen noch auf einer anderen Ebene unterwegs als die Natur. Wir haben nicht nur unseren Instinkt – hoffe ich jedenfalls. Sondern wir sind

berufen, vor auszudenken, wir sollen Verantwortung übernehmen für das Ganze. Aber auch darin leben wir im Rahmen von Gesetzen und Regeln. Ohne Ordnung und Struktur kann kein Leben bestehen, erst recht kein Zusammenleben.

Denn was wäre die Alternative? Das völlige Chaos. Das Faustrecht des Stärkeren. Die Durchsetzung eigener Interessen auf Kosten der Gesamtheit. Und ich fürchte, in einigen Bereichen unserer Gesellschaft sind wir da auf einem ungunstigen Weg. Ich gebe mal ein harmloses Beispiel. In der Mittagspause bekam ich einen Anruf: „Guten Tag, spreche ich mit dem Haushaltsvorstand? Ja, schön, dass ich Sie erreiche. Sie haben doch bestimmt ein Interesse daran, Geld zu sparen, oder? Wir würden Sie gern beraten, wie Sie weniger Steuern zahlen. Wer will denn schon Vater Staat etwas schenken?“ Hm. Ich fand es schwer, da richtig zu antworten. „Ich zahle aber gerne Steuern“, soll man das so sagen? Hört sich irgendwie uncool an. Wenn alle ihren Vorteil optimieren und sich clever durchschlängeln, will man dann als einziger dastehen, der nicht mitmacht?

Ähnlich ist es im Straßenverkehr. Warum soll ich im Stau stehen, wenn der Standstreifen frei ist? Warum soll ich mich an rote Ampeln halten, wenn ich gerade keinen anderen kommen sehe? Sekunden sparen, andere hinter sich lassen. Und wenn es dann mal geknallt hat, gibt es Zeitgenossen, die warten nicht erst auf die Polizei, sondern nehmen ihr vermeintliches Recht in die eigene Hand beziehungsweise Faust. Oder denken wir an Auseinandersetzungen im Internet und wie schwierig dieser Bereich rechtlich zu regeln ist. Oder denken wir eben, eine Dimension größer, an Wahlen, in denen autoritäre Personen meinen, über dem Recht zu stehen. All diesen Tendenzen ist eines gemeinsam: Der Staat an sich, die Grundordnung des Rechts wird in Frage gestellt, und manche meinen, es gehe besser, wenn man selber für seinen Vorteil sorgt. Es ist diese Haltung, vor der Paulus warnt. Und nicht, weil er davon einen persönlichen Vorteil hätte, im Gegenteil. Dass die Staatsgewalt ihre Autorität von Gott verliehen bekommen hat, das schreibt er sogar als Angehöriger einer Minderheit, die von der damaligen Regierung unterdrückt wurde. Christinnen und Christen wurden damals ausgegrenzt und in ihrer Freiheit eingeschränkt – gerade durch den Staat, und leider auch immer noch heute in islamistischen und anderen Diktaturen.

Trotz alledem sagt Paulus: Es ist gut, dass es eine staatliche Ordnung gibt. Es ist gut, dass das Machtmonopol bei ihr liegt. Die Staatsgewalt trägt das Schwert, nicht du und nicht dein Nachbar. Besser, ein Schuss kommt aus einer Polizeiwaffe als aus der Waffe eines Privatmanns, mit dem vielleicht gerade die Nerven durchgehen. Das heißt nicht, dass ein Polizist keine Fehler macht. Aber wir haben ein System, in dem Fehler aufgearbeitet werden können. Das nennt sich Justiz. Und auch wenn dieses System wiederum Fehler haben mag, ist es immer noch besser, als kein System zu haben. Erst recht in der Demokratie. So lange eine Staatsform auf der Menschenwürde, auf der Freiheit und der Beteiligung aller basiert, so lange besteht die Möglichkeit, das System zu verbessern.

Übrigens verdankt sich auch dieser Gedanke indirekt der Reformation. Die Lehre von den zwei Regimenten, den zwei Weisen Gottes, in dieser Welt zu regieren, hat Luther aus dem Neuen Testament und dem Römerbrief heraus entwickelt. Er hat es geschafft, politische Ordnung und christlichem Glauben voneinander zu unterscheiden, erstens – und dann auch zweitens sie einander zuzuordnen. Wir leben nicht in einem Gottesstaat, Gott sei Dank, die Bibel wird nicht für alle zum Gesetz erklärt – anders als in manchen muslimischen Staaten der Koran. Aber: die Bibel und mit ihr eben auch die Bergpredigt hat eben doch eine Bedeutung für das Zusammenleben, auch in unserem Staat. Denn genau das war die Frage, die Luther von den Fürsten vorgelegt wurde, die auf Seiten der Reformation standen: Wie ist das denn nun mit dem Widerstandsrecht? Wie ist das mit der Gewalt? Gilt für uns die Bergpredigt – die andere Backe hinhalten und widerstandslos leiden? Oder sind wir selbst auch von Gott gegebene Autoritäten, die sich im Notfall gegen andere Autoritäten wenden dürfen?

Luther antwortete mit der Schrift „Von weltlicher Obrigkeit und wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ – für mich bis heute eine gelungene politische Grundsatzklärung des evangelischen Christentums. Punkt eins: Die Bergpredigt gilt. Denn Gewaltfreiheit ist ein wesentlicher Ausdruck des Evangeliums. Hätte Jesus nicht gewaltlos seinen alternativen Lebensstil gelebt, dann wäre seine Botschaft nicht authentisch gewesen, und es hätte sich in der Welt bis heute nicht viel geändert. Dem entspricht das Regiment zur rechten Hand Gottes, das heißt, Gottes eigentliche Weise, in dieser Welt verborgen zu regieren. Durch seinen Geist bewegt und erfüllt er die Herzen der Glaubenden, damit sie bereit werden zum Frieden. Bereit zur Vergebung, immer wieder neu, statt permanent weiter zu vergelten. Ja, Christinnen und Christen sollen bereit sein, auch Unrecht auszuhalten, anderen einen Vorschuss zu geben. Das ist die Regierung der Liebe, so naiv sie auch wirken mag, in einer Welt, in der viele eben ganz anders leben. Jesus gibt uns die Freiheit, für uns persönlich diesen Weg zu wählen, er mutet ihn uns zu und verspricht uns, in seiner Kraft dabei zu sein. Wenn sie euch ausgrenzen und Unrecht tun, dann werde ich euch die richtigen Worte geben. Mein Geist gibt euch die Kraft, auch die zweite Meile mitzugehen, mehr für andere zu tun, als ihr vielleicht unbedingt müsstet. Das ist die eine Seite. Bereit sein, für sich selbst Leid zu ertragen.

Die andere Seite ist das Reich Gottes zur Linken, seine Regierweise mit der anderen Hand. Und dazu braucht er den Staat, die Justiz, die Regierung, die Polizei. Durch sie sorgt Gott indirekt für Ordnung und Struktur. Dazu gehört auch das Gewaltmonopol des Staates, dazu gehört die Pflicht, Schutzlose zu schützen – notfalls sogar mit der Waffe. Ich kann von anderen nicht ohne weiteres fordern, sich Unrecht tun zu lassen, das kann ich erst einmal nur für mich selbst entscheiden. Aber im Interesse anderer, vor allem der Schwächeren, muss ich auch bereit sein, Recht durchzusetzen. Und so ist meines Erachtens dieser Abschnitt aus dem Römerbrief zu verstehen.

Paulus und Luther waren nicht nur Untertanen der Obrigkeit, Gott sei Dank, und wir sollen es auch nicht bloß sein. Aktive Christinnen und Christen waren und sind immer auch mutige Kritiker der Autoritäten, wenn etwas schief läuft. Und: Sie sind nicht bloß dagegen. Sie beschränken sich nicht aufs Kritisieren, sondern werden aktiv und gestalten Ordnungen mit. Sie wissen schon: Das berühmte Apfelbäumchen, das wir pflanzen, hegen und pflegen sollen, selbst wenn morgen die Welt unterginge. Dieser Haltung brauchen wir als Christenmenschen in diesen Zeiten.

Wie ist das dann also mit den Steuern, um noch einmal konkret zu werden? Ja, auch einen Staat, in dem mir nicht alles gefällt, habe ich erst einmal zu respektieren. Ich zahle gerne Steuern, auch wenn das für manche absurd klingen mag. Ich zahle Steuern, weil ich davon ausgehe, dass sie grundsätzlich sinnvoll verwendet werden. Und weil es Einrichtungen wie den Steuerzahlerbund und den Bundesrechnungshof gibt, die nach Missbrauch fahnden, ihn anprangern und korrigieren. Oder: Wenn ich mich im Straßenverkehr unfair behandelt fühle, dann versuche ich, besonnen zu reagieren und nicht übergriffig zu werden. Für die schweren Fälle vertraue ich auf Polizei und Justiz. Auch im Wildwuchs des Internet verhalte ich mich zivilisiert – und bin im Zweifelsfall lieber vorsichtig, weil ich weiß, dass es hier mit der Durchsetzung von Recht und Ordnung noch hapert. Und: Ich wähle keine autoritären Parteien, die ihre Legitimation nur aus dem Schlechtreden der Verhältnisse beziehen und die Gruppen von Menschen gegeneinander aufhetzen.

Die Einstellung, die wir als Christen zum Staat haben sollen, ist die kritische Solidarität. Grundsätzlich loyal zu sein, statt grundsätzlich Verdächtigungen zu äußern. Zur Wahl gehen statt nur dabei zuzuschauen. Keine pauschalen Verunglimpfungen. Aber eben auch: kein blinder Untertanengeist, kein übertriebener Respekt vor irgendwelchen Promis. Denn wem Gott Autorität verleiht, dem kann er sie auch wieder entziehen. Und das ist der letzte Sinn hinter diesem Satz aus dem Römerbrief, dass Gott den Autoritäten ihre Autorität verleiht. Gott kann sie ihnen auch wieder nehmen. Tagtäglich erleben

wir, wie schnell es gehen kann mit dem Machtverlust. Wer eben noch hoch stand, kann tief fallen. Also keine übertriebene Ehrpusselei für einzelne, nur weil sie gerade oben stehen – aber: Respekt, Augenmaß, Nüchternheit. Paulus benutzt dafür ein schönes Wortspiel: Gebt dem die Ehre, dem Ehre gebührt, schreibt er in Römer 13. „Ehre, Ehrfurcht“, das heißt auf Griechisch Phobos. Diese letzte Ehre steht keinem Kanzler, keinem Präsidenten, Kaiser, General oder Wirtschaftsboss zu, sondern allein Gott. Und die Regierung und ihre Behörden? Die kriegen die Steuern, auf griechisch phoros. Klingt ganz ähnlich, steht aber auf einer völlig anderen Ebene.

Fazit: Gerade weil wir als Christen Bürger zweier Reiche sind, des politischen und des göttlichen, gerade deshalb können wir gelassen, mit Augenmaß, aber auch mit Tatkraft und Engagement in die Politik und in die Gesellschaft hineingehen. Gottes gute Gebote helfen uns dabei. Gott ist ein Gott der Ordnung und des Friedens. Unser Grundgesetz spiegelt diese Haltung indirekt wider, und wer das aufs Spiel setzt, der wird nichts Besseres bekommen. Wer nur seinen kurzfristigen Vorteil sieht, riskiert das Zusammenleben und die Zukunft aller. Dann zahle ich doch lieber Steuern und gehe nächstes Mal wieder wählen, was immer auch dabei herauskommt. Wir Christen haben die Verantwortung, unseren Staat zu unterstützen und zu fördern – eben gerade, weil wir nicht an ihn glauben. Amen.